



Russland: Zunehmende Ungleichheit und Unzufriedenheit

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

November 2018

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Vizepräsident der International Union of Economists St. Petersburg (IUECON) sowie Advisory Board Member des EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider



Analyse

Die staatliche „Nationale Forschungsuniversität. Hochschule für Wirtschaft“ in Moskau veröffentlichte am 6. November 2018 eine Studie ihres „Zentrums für Entwicklung“ über die Zunahme der sozialen Schichtung.¹ Laut der russischen statistischen Behörde ROSSTAT wird die soziale Ungleichheit, die sich 2017 seit 2006 auf ein Minimum reduziert hatte, 2019 wieder zunehmen. Im vergangenen Jahr fiel der Gini-Koeffizient, der die Einkommensschichtung der Gesellschaft widerspiegelt – er reicht von 0 (völlig gleichmäßige Verteilung) bis 1 (eine einzige Person besitzt das gesamte Vermögen) –, auf 0,41. Einer der Gründe dafür war die „Inflation für die Armen“, d.h. der Anstieg der Kosten für den Mindestverbraucherkorb erwies sich als niedriger als die allgemeine Inflation. Eine niedrige Inflation verringert die soziale Ungleichheit betont die Zentralbank in ihren „Haupttrichtlinien für die Geld- und Kreditpolitik bis 2021“.²

2019 wird die Stratifizierung der Immobilien zunehmen, die Inflation wird sich gemäß der Prognose des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung bis auf 4,3 % bzw. der Zentralbank bis auf 5 % und höher beschleunigen, und das Lohnwachstum wird sich verlangsamen. Die Leiterin des Labors des „Instituts für Sozialanalyse und Prognostizierung“ der „Russischen Akademie für Volkswirtschaft und Staatsdienst beim Präsidenten der Russischen Föderation“, Jelena Awraamowa, bestätigte, dass es keine Voraussetzungen gibt, um die Ungleichheit zu verringern. Es gehe nicht um die Inflation, welche die 10 % der reichsten Russen überhaupt nicht betrifft, sondern um die 25 % der Bevölkerung, die nichts haben, um ihr Einkommen vermehren zu können. Die versprochene Indexierung der Renten von nicht erwerbstätigen Rentnern um 1.000 Rubel (13 €) könne die Zunahme der Ungleichheit etwas bremsen. Doch die Entscheidungen der Regierung seien widersprüchlich: die Behörden erklären ihre Absicht, die Armut zu reduzieren, erhöhen aber gleichzeitig die Mehrwertsteuer und das Renteneintrittsalter. Die Direktorin des „Instituts für Sozialpolitik“ der „Nationalen Forschungsuniversität. Hochschule für Wirtschaft“, Liliya Owtscharowa, fordert die Erhöhung der Wirksamkeit der Unterstützung der Arbeitslosen und die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums.

Der Chef des russischen Rechnungshofes, Alexander Kudrin, stellte in seiner Rede am 26. November auf dem internationalen Forum „Wie man in die TOP Fünf kommt“ fest, dass die Hauptbremse bezüglich des Wirtschaftswachstums die niedrige Qualität der staatlichen Verwaltung ist, die unter der Unabänderlichkeit der Macht und dem Mangel an politischer Konkurrenz leidet.³ Wladimir Putin hatte nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten im Mai dieses Jahres in seinem Erlass die Aufgabe gestellt, Russland zur fünfgrößten Volkswirtschaft der Welt zu machen. Stattdessen fiel das Land laut Kudrin „in eine beispiellos stagnierende Grube, aus der die Wirtschaft zehn Jahre lang nicht herauskommen kann“.

Am 22. November veröffentlichte das Moskauer Meinungsforschungsinstitut Lewada-Zentrum die Ergebnisse einer repräsentativen Meinungsumfrage vom 18. bis 24. Oktober unter 1.600 Personen über 18 Jahren unter der städtischen und ländlichen Bevölkerung in 136 Orten in 52 Regionen.⁴ Auf die Frage, wen sie bei der Präsidentenwahl, wenn diese am kommenden Sonntag stattfinden würde, wählen würden, antworteten 56 % Wladimir Putin (Oktober 2017 66 %). Auf die Frage, ob Putin für die im Lande bestehenden Probleme verant-

¹ <https://dcenter.hse.ru/mirror/pubs/share/direct/227476855>

² <https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2018/11/07/785829-sotsialnogo-rassloeniya>

³ http://www.ng.ru/economics/2018-11-27/1_7449_crisis.html

⁴ <https://www.levada.ru/2018/11/22/19281/>



wortlich ist, antworteten 61 % (im Oktober 2017 55 %) in vollem Maße ja und 22 % bis zu einem gewissen Grad. Diese Werte zeigen, dass die Bevölkerung einen erheblichen Teil ihrer Unzufriedenheit Putin anlastet.

Laut einer Befragung von 1.600 Personen über 18 Jahren am 23. Oktober durch das Moskauer Meinungsforschungsinstitut WZIOM meinten 30 % der Befragten, dass sich Russland in die richtige Richtung entwickelt (Oktober 2017 46 %).⁵ Nur 13 % schätzen die wirtschaftliche Lage des Landes als sehr gut ein (Oktober 2017 17 %). Lediglich 25 % meinen, dass sie in einem Jahr besser leben werden (Oktober 2017 33 %).

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

⁵ <https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=9430>